

## Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kroatien und Deutschland im Lichte des Programms der Koalitionsregierung der Republik Kroatien

von Janko Dezelic, Berlin

Auf dem Gebiet Südosteuropas stellt Kroatien mit einem jährlichen Warenaustauschvolumen von ca. 4,3 Milliarden DM den drittgrößten Außenhandelspartner der Bundesrepublik Deutschland dar. Neben dem Warenaustausch kommt auch dem Austausch von Dienstleistungen eine bedeutende Rolle zu. Hervorzuheben ist hierbei das kroatische touristische Angebot. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kroatien und der Bundesrepublik Deutschland haben in der Zeit von 1992 bis 1999 unterschiedliche Phasen durchgemacht; von der Phase eines anhaltenden Wachstums des Warenaustauschvolumens, die bis 1997 reichte, bis hin zur Stagnierung und dem Rückgang des Austauschvolumens im Jahre 1999. Einen weiteren ungünstigen Trend in der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder stellte die immer größer werdende Kluft zwischen Ein- und Ausfuhr dar; während beispielsweise 1995 die Einfuhr aus Deutschland zu 80% durch die Ausfuhr aus Kroatien gedeckt wurde, belief sich das Verhältnis schon 1997 auf 40%. Die Tatsache, dass dieser Prozentsatz 1999 52% betrug, ist nicht als Folge eines größeren Ausfuhrvolumens aus Kroatien, sondern eher als Folge der verringerten Einfuhr nach Kroatien anzusehen, die das Resultat der sinkenden Kaufkraft war. Die deutschen Direktinvestitionen in Kroatien beliefen sich in dieser gesamten Zeitspanne auf nur 400 Mio. DM. Vergleicht man dies mit Daten in anderen Transformländern, so fällt es nicht schwer festzustellen, dass Kroatien „übersprungen“ wurde.

Ein Grund dafür sind der Krieg und die Kriegsfolgen. Ein entscheidender Grund für die Zurückhaltung des ausländischen Kapitals für Investitionen und für eine intensive Geschäftstätigkeit in Kroatien in dieser Zeit liegt gewiss auch in der Tatsache, dass Kroatien wegen seiner Politik nicht die Sympathien der internationalen Staatengemeinschaft hatte. Es gibt natürlich auch andere Gründe. Hervorzuheben ist vor allem einer, der praktischer Natur ist. Die ersten negativen Erfahrungen deutscher Investoren in Kroatien in dieser Zeitspanne stehen in Verbindung mit den nicht transparenten Verwaltungsvorgängen und Gerichtsbeschlüssen, der fehlenden Transparenz internationaler Tender, der Instabilität des kroatischen Finanzsystems, der Nichtbeachtung des Vertrags über Lizenzen und Patente, der Korruption usw. All dies führte zu Unsicherheiten seitens der deutschen Wirtschafts- und Bankenszene.

Daher ist gerade diese Zeit der Veränderungen in Kroatien, die mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Januar und Februar 2000 begonnen hat, die Zeit, in der Kroatien und die internationale Staatengemeinschaft

eine neue Qualität gegenseitiger Beziehungen entwickeln können. Die neue Koalitionsregierung, mit der führenden Sozialdemokratischen Partei und dem Regierungspräsidenten Ivica Račan, hat Anfang Februar 2000 das Regierungsprogramm für den Zeitraum von 2000–2004 eingebracht, in dem die Funktionsfähigkeit der Justizinstitutionen und des Rechtsschutzes bzw. der Kampf gegen die Korruption zu den wichtigen und vorrangigen Aufgaben zählen. Von Vorteil ist, dass das Regierungsprogramm der Republik Kroatien in hohem Maße mit den Erwartungen der internationalen Staatengemeinschaft, von der EU bis hin zu den USA, IWF, dem OESS und der Weltbank übereinstimmt und als solches auch größere Aussichten hat, bei der Realisierung unterstützt zu werden. Diese Übereinstimmung bezieht sich nicht nur auf die politischen Ziele und Maßnahmen, sondern auch auf die wirtschaftlichen.

### Wirtschaftslage und Umstände zur Zeit der Einbringung des Regierungsprogramms der Republik Kroatien für den Zeitraum von 2000–2004

Nach der Zeit von 1994 bis 1997, in der sich die kroatische Wirtschaft durch eine hohe Wachstumsrate (5–6%) auszeichnete, kam es zu ungünstigen Wirtschaftsbewegungen, die 1999 in der Rezession und einem absoluten Sturz des Bruttoinlandsproduktes, sowie dem Wachstum der Arbeitslosenquote über 20% kulminierte. Nach der Analyse des IWF, die Ende des vorigen Jahres durchgeführt wurde, sind folgende Ursachen zu nennen:

- ungünstige Strukturreformen und die politische Isolierung Kroatiens,
- Schwäche des Banksektors und Insolvenzen,
- Rückgang der ausländischen Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, hervorgerufen durch die Konjunkturbewegungen in Europa und der Welt, sowie die Krise im Kosovo,
- erheblicher Anstieg der Staatsausgaben,
- Fehler bei der Privatisierung und die Tatsache, dass die meisten öffentlichen Geschäftssysteme noch immer gänzlich staatliches Eigentum sind.

Die Analyse des IWF führt als vorrangige Aufgaben zur Verbesserung der Wirtschaftstrends in Kroatien die Verringerung der Staatsausgaben und Löhne an, die Notwendigkeit, den Privatisierungsprozess zu beschleunigen und zu Ende zu führen, sowie eine geringere Beteiligung des Staates in der Wirtschaft, damit die kroatischen Waren und Dienstleistungen an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen.

### **Wirtschaftsprioritäten des Regierungsprogramms der Republik Kroatien für den Zeitraum von 2000–2004**

Die wichtigsten Ziele der Außenpolitik der Republik Kroatien sind die Aufnahme in die EU und die NATO und die Umsetzung der Politik guter nachbarschaftlicher Beziehungen. Die außenpolitischen Aktivitäten werden auf die Vertretung der Wirtschaftsinteressen der Republik Kroatien ausgerichtet sein. Eine zu lösende Aufgabe ist in dieser Hinsicht die Ausarbeitung eines Konzepts wirtschaftlicher Diplomatie. Im Prozess der Europäischen Integrationen besteht das strategische Ziel Kroatiens darin, Verhandlungen mit der Europäischen Union einzuleiten. Mit dem Vertrag über die Stabilisierung und Assoziierung soll die Republik Kroatien assoziiertes Mitglied werden, was wiederum eine Voraussetzung für die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union ist. Zu den diesbezüglichen Prioritäten gehören Wirtschaftsstabilität, Wirtschaftswachstum, eine zügige Beschäftigung, sowie die Steigerung der Produktion und des Exports. Sparmaßnahmen und Bescheidung, sowie die Kürzung des Staatshaushalts stehen an erster Stelle auf der Liste der umzusetzenden Maßnahmen, denn nur so können die genannten Ziele erreicht werden. Der durchschnittliche Verbrauch wächst in Abhängigkeit vom Wachstum der Arbeitsproduktivität. Die gesamte Steuerbelastung wird in Abhängigkeit und gemäß den Reformen in der Renten- und Sozialversicherung abgestimmt. Die Staatsausgaben werden streng eingegrenzt. Gefördert werden Investitionen und niedrigere Zinssätze, die dann zu einem größeren Anteil an ausländischen Direktinvestitionen führen sollen.

Im Staatshaushalt stehen Strukturänderungen an; gekürzt werden vor allem die Ausgaben für Militär und Polizei. Durch eine entsprechende Fiskalpolitik soll die Entwicklung der Marktwirtschaft, insbesondere der Ausfuhr und die Etablierung des Finanzmarktes, die Sicherung des Rechtsschutzes und die Änderung des ungünstigen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unterhaltsempfängern unterstützt werden.

Fördernde Maßnahmen der Steuerpolitik, wie es beispielsweise der Steuererlass für die Reinvestierung von Gewinnen oder Steuerbegünstigungen für die Eröffnung neuer Arbeitsplätze vorsehen, sollen das Wirtschaftswachstum und die Verringerung der Sozialausgaben begünstigen. Die Geschäftsbanken sollen mit Unterstützung der Kroatischen Nationalbank ihre Geschäftsführung neu strukturieren und somit den Prozess der Restrukturierung aller anderen Wirtschaftssubjekte aktivieren.

In weniger als zwei Jahren werden präferenzielle Handelsvereinbarungen aufgrund des Vertrags über den freien Handel mit der EU, der EFTA, den CEFTA-Staaten und anderen europäischen Staaten, die mit der EU ein präferenzielles Regime eingerichtet haben, abgeschlossen sein. Etwa zur selben Zeit dürfte Kroatien die voll-

ständige Mitgliedschaft in der CEFTA erreicht haben. Damit diese Ziele auch verwirklicht werden, sollte Kroatien in die WTO aufgenommen werden. Potentielle ausländische Investoren erhalten dadurch Aussicht auf eine günstige und konkurrenzfähige Produktion, dank der Möglichkeit, die Produkte auf einem breiteren Markt zu vertreiben.

Besondere Förderungsmaßnahmen wurden für den Tourismus, das Gewerbe, sowie kleine und mittlere Unternehmen erarbeitet und durchgeführt.

Zu den wichtigsten Aufgaben bei der Privatisierung der kroatischen Wirtschaft gehört die Kontrolle und die Revision der Transformation und Privatisierung. Mit dem Ziel einer qualitätsreicheren und günstigeren Verwaltung des Portfolios kommt es zur einheitlichen Verwaltung der Aktien des Kroatischen Privatisierungs- und Rentenfonds, der Krankenversicherungsanstalt und der Agentur zur Sicherung der Spareinlagen und die Sanierung von Banken. Das durch die Privatisierung erzielte Kapital soll in die Entwicklung investiert und nicht für öffentliche Ausgaben gebraucht werden (außer im Jahr 2000, in dem ein Teil dieser Gelder wegen der hohen Verschuldungen verwendet werden muss).

Kommunikation, Energetik und Landwirtschaft, regionale Entwicklung und Umweltschutz sind Bereiche, in denen die Zusammenarbeit mit den Programmen der EU-Kommission und des Stabilitätspakts für Südosteuropa zum Ausdruck kommt.

Das Arbeitsprogramm der Regierung betont die Bedeutung der Gemeinschaft kroatischer Auswanderer als Brücke zwischen Kroatien und den Emigrationsländern in politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Sinne.

### **Kroatien und der Vertrag über die Stabilisierung und die Assoziierung in die EU**

Die politischen Veränderungen, zu denen es in den letzten zwei Monaten in der Republik Kroatien gekommen ist, haben neue außenpolitische Perspektiven und Aussichten eröffnet. Persönliche Kontakte zu den höchsten Amtsträgern der wichtigsten Länder und Institutionen wurden bereits aufgenommen und reichen von einem Treffen mit Roman Prodi, dem Vorsitzenden der EU-Kommission bis hin zu einem Empfang bei dem Bundeskanzler Gerhard Schröder vor einigen Wochen in Berlin.

Die Erfahrungen einiger Länder, die in ähnlicher Weise eine „Erwärmung“ der Beziehungen zur internationalen Staatengemeinschaft erfahren haben, weisen indessen darauf hin, dass die wirtschaftlichen Veränderungen schwieriger zu verwirklichen sind, als die politischen.

Es ist gut, dass es im Falle Kroatiens zusätzliche Anhaltspunkte für die Überzeugung gibt, dass auch in den Wirtschaftsbeziehungen intensivere und positive Veränderungen zu erwarten sind. Kroatien hat bessere Wirtschaftsindikatoren als eine ganze Reihe von Transformations-

ländern, die bereits Verhandlungen für die Aufnahme in die EU eingeleitet haben. Außerdem steht Kroatien der Europäischen Union auch nach der Struktur der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland und der Qualifiziertheit seiner Arbeitskräfte viel näher. Zu beachten sind auch die spezifischen Vorteile, wie das Potential für die Entwicklung des Tourismus, Adria-Häfen usw.

Zur Vorbereitung und Befähigung der Länder für die Aufnahme in die EU wurde ein neues Programm unter dem vorläufigen Namen CARA (Community Association and Reconstruction Assistance) erarbeitet. Es handelt sich um ein Hilfsprogramm der EU, das einen Beitrag zur Stabilisierung und Assoziierung einiger Länder Südosteuropas (Albanien, Bosnien Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und, unter der Voraussetzung, dass die allgemein bekannten Bedingungen erfüllt sind, der Bundesrepublik Jugoslawien) in die EU leisten soll.

Die wichtigste Aufgabe des Programms besteht darin, die Annäherung dieser Länder an die Europäische Union durch Förderung ihrer gegenseitigen Zusammenarbeit zu verwirklichen. Die Unterzeichnung des Vertrags über die Stabilisierung und Assoziierung wird als wichtigstes Element und entscheidender Schritt im Prozess der Integration in die Strukturen der Europäischen Union erachtet.

Eine Delegation der Europäischen Union, die sogenannte Task Force, ist schon in Kroatien eingetroffen, um den gegenwärtigen Stand der Demokratie und Menschenrechte auszuwerten. Im Laufe des Sommers 2000 soll ein Gutachten über die Möglichkeiten und die Fähigkeit Kroatiens zur Einleitung der Verhandlungen über die Stabilisierung und Assoziierung erbracht werden. In einer günstigeren Variante könnten diese Verhandlungen bereits im September oder Oktober aufgenommen werden. Nach einigen Schätzungen könnte Kroatien die Voraussetzungen für die Unterzeichnung des Vertrags über die Stabilisierung und Assoziierung bereits im Frühjahr 2001 erfüllt haben.

Ein wichtiger Teil des CARA-Programms ist der Frage nach seiner Komplementarität mit anderen Hilfsmitteln der EU für die Staaten dieser Region gewidmet, vor allem mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa, mit der humanitären Hilfe, sowie mit den Hilfsmitteln für die Herstellung der makroökonomischen Stabilität unter der Schirmherrschaft des IWF und der Weltbank.

### **Kroatien und der Stabilitätspakt für Südosteuropa**

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa wurde am 10. Juni 1999 in Köln bei der Ministerkonferenz der Mitgliedstaaten verabschiedet. Am Pakt haben sich etwa zehn internationale Organisationen, von der UNO bis zur NATO und dem IWF, sowie über 30 Länder beteiligt. Aus Südosteuropa waren es Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Ungarn, Mazedonien, Slowenien und die Türkei. Teilgenommen haben auch 15

Mitgliedstaaten der EU, Russland und die USA. Japan und Kanada hatten ihre Hilfestellung angeboten. Als Beobachter waren die Schweiz, Norwegen, Polen, die Slowakei, die Ukraine, Moldawien und Tschechien beteiligt sowie als Gastland Montenegro. Der Bundesrepublik Jugoslawien wird die Beteiligung am Pakt erst dann gewährt, wenn sie ein zufriedenstellendes Niveau demokratischer Standards erreicht hat.

Nach dem diesjährigen, im Januar 2000 vorgelegten Bericht der Generaldirektion der EU-Kommission, wird Kroatien als aktives und kooperatives Land in Bezug auf die Durchführung des Pakts beurteilt. Die kroatische Regierung hat im September 1999 in Bari an einer Sitzung der Wirtschaftskommission 40, meistens grenzüberschreitende, Projekte vorgestellt. Im Dezember fand ein informelles Treffen in Rom statt, an dem die Europäische Investitionsbank eine erste Auswertung der Projekte unternommen hat. Dabei kamen mehrere kroatische Vorschläge in die engere Auswahl.

Die Projekte wurden in drei Teilbereiche aufgeteilt und umfassen Infrastruktur, Wirtschaft sowie gemeinsame Initiativen, wie zum Beispiel:

- Ausbau der Autobahn Trst-Igumentisa (5,65 Milliarden US\$),
- Ausbau der restlichen Autobahnstrecke Bregana-Lipovac (213,5 Millionen US\$),
- Ausbau der Autobahn Budapest-Osijek-Ploče, die Slawonien und Bosnien-Herzegowina verbinden soll (560,0 Millionen US\$),
- Modernisierung der Bahnlinie Beli Manastir-Vrpolje-Ploče (34,7 Millionen US\$),
- Änderung des Elektroantriebsystems und eine generelle Überholung der Bahnlinie Botovo-Zagreb-Rijeka (142,6 Millionen US\$),
- Ausbau des Mehrzweckkanals Donau-Sava, mit dem man die Flussschifffahrt der Sava entlang in Richtung Westeuropa um 417 km kürzen würde,
- Ausbau und Ausstattung der Grenzübergänge zu Bosnien-Herzegowina und Montenegro bzw. der Bundesrepublik Jugoslawien (9,6 Millionen US\$),
- Renovierung der regionalen kommunalen Infrastruktur an den Grenzübergängen zu Bosnien-Herzegowina (40,0 Millionen US\$),
- Erstellung eines Programms der nachhaltigen Entwicklung der Adria und des Tourismus (1,4 Millionen US\$),
- Erarbeitung eines Umweltschutzprojekts und Einrichtung von Kläranlagen zur Reinigung von Abwässern (1,1 Millionen US\$), usw.

Der Tisch für Wirtschaftsfragen im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa bezieht sich auch auf einige Initiativen, z. B. die Initiative über die Zusammenarbeit und die Vernetzung der Banken für den Wiederaufbau in Südosteuropa, Gründung eines Forums der Arbeitgeber Südosteuropas, die Zusammenarbeit der nordadriatischen Häfen, Vernetzung und Entwicklung der Energiesysteme der Länder Südosteuropas, usw.

Bei der Umsetzung des Projekts zum Wiederaufbau Südosteuropas, werden Gelder aus den Haushalten der Stabilitätspakt-Länder, die von der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellten Gelder, Mittel der EU-Zuwendungsfonds und nicht-staatlicher Organisationen, sowie Gelder aus dem Privatsektor beansprucht.

Bei den OESS-Verhandlungen in Istanbul kündigte die EU-Kommission finanzielle Mittel für den Wiederaufbau Südosteuropas an, die von 2000–2006 zur Verfügung gestellt werden und einen Gesamtbetrag von 5,5 Milliarden Euro erreichen. Ein Teil der Gelder soll bei der Finanzkonferenz in Brüssel, am 29.3.2000 gesammelt werden.

### Ausblick

Das Programm der Regierung der Republik Kroatien entstand gemäß der Erwartungen der Bürger Kroatiens, die diese Regierung mit ihrer Stimmabgabe bei den Wahlen unterstützt haben. Es ist ein glücklicher Umstand, dass dieses Programm in hohem Maß mit den Erwartungen der Europäischen Union und dem Wortlaut des Vertrags über die Stabilisierung und Assoziierung an die EU sowie dem Wortlaut des Stabilitätspakts übereinstimmt.

Dies und die anmutenden Daten über die weltweit steigende Wirtschaftskonjunktur, gaben einen Grund für die Prognose, dass das Wirtschaftswachstum, die Entwicklung und der Fortschritt der Republik Kroatien sowie eine intensivere Annäherung Kroatiens an die euro-atlantischen Integrationen zu erwarten ist, wobei die Bundesrepublik Deutschland als wichtigster Wirtschaftspartner Kroatiens eine führende Rolle übernehmen könnte.

*Janko Dezelic ist Botschaftsrat für Wirtschaft in der Botschaft der Republik Kroatien in Berlin.*

## Eurolinguistik Ein Schritt in die Zukunft

Norbert Reiter (Hrsg.)

Harrassowitz Verlag 1999  
(ISBN 3-447-04072-6), 353 Seiten

## Deutsche Richterakademie

### Organisation

Die Deutsche Richterakademie dient seit 1973 der überregionalen Fortbildung der Richterinnen und Richter aller Zweige der Gerichtsbarkeit sowie der Staatsanwältinnen und der Staatsanwälte. Sie wird von Bund und Ländern gemeinsam getragen und finanziert.

Seit Jahresbeginn 1993 verfügt die deutsche Richterakademie neben dem Stammhaus in Trier (zugleich Verwaltungssitz) über eine zweite Tagungsstätte, das „Zieten-Schloß“ in Wustrau in der Mark Brandenburg, ca. 70 Kilometer nordwestlich von Berlin gelegen.

Die Deutsche Richterakademie soll Richter und Staatsanwälte in ihren Fachgebieten weiterbilden, ihnen aber auch Kenntnisse und Erfahrungen über politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und andere wissenschaftliche Entwicklungen vermitteln.

Das Programmangebot für beide Tagungsstätten wird in seinen Grundzügen von der Programmkonferenz festgelegt, in der Bund und jedes Land mit je einer Stimme vertreten sind; die Berufsverbände der Richter und Staatsanwälte wirken beratend mit. Die Ausgestaltung des Programms ist – nach den Vorgaben der Programmkonferenz – den Justizverwaltungen des Bundes und der Länder übertragen; sie werden dabei von dem Direktor der Deutschen Richterakademie unterstützt, der die Verwaltung leitet und der Programmkonferenz über Verlauf und Resonanz der Veranstaltungen berichtet. Seine Amtsgeschäfte nimmt der Direktor in angemessenem Umfang auch von der zweiten Tagungsstätte in Wustrau aus wahr.

In der Tagungsstätte Wustrau werden jährlich mehr als 70 Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt, jeweils zwei zur gleichen Zeit. Gemeinschaftliche Tagungen mit ausländischen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten ergänzen das Fortbildungsprogramm.

Jede Tagung wird regelmäßig von 35 Teilnehmern besucht; die Aufteilung der Plätze auf Bund und Länder entspricht in etwa der jeweiligen Personalstärke. Des öfteren werden auch Gasthörer aus dem inner- und außereuropäischen Ausland zu den Veranstaltungen zugelassen.

Neben reinen juristischen Fachtagungen werden Veranstaltungen angeboten, die Kenntnisse und Erfahrungen über politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Entwicklungen und Zusammenhänge vermitteln sollen, sowie Tagungen, die bei der Bewältigung des beruflichen Alltags helfen und im Umgang mit Prozessbeteiligten und Mitarbeitern schulen sollen.

*Kerstin Lossin-Weimer  
(Direktorin der Deutschen Richterakademie)*